



Newsletter Nr. 3 / 2010

Liebe Mitglieder der Kantonalpartei

Liebe Sympathisanten und Interessenten der Grünliberalen Kanton St.Gallen

Gerne begrüßen wir Sie mit unserem aktuellen Newsletter, den Dritten in diesem Jahr. Auch in diesem Schreiben dürfen wir wiederum über unsere vielfältigen Aktivitäten berichten. Dies obwohl es mit der vergangenen Sommerpause eine etwas ruhigere Zeit gewesen ist.

Inhalt

| | |
|--|----------|
| PAROLEN ZU DEN ABSTIMMUNGSVORLAGEN VOM 26.9.2010..... | 2 |
| PRÄSIDIUM / VORSTAND..... | 2 |
| NR-WAHLEN 2011..... | 3 |
| AUSWAHLPROZESS FÜR NR-KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN UNTER DEM MOTTO:..... | 3 |
| WAHLKOMMISSION..... | 3 |
| VEREINBARUNG/SPIELREGELN (FAIR-PLAY REGELN) FÜR DIE NR-WAHLEN 2011 | 3 |
| AUSWAHLKRITERIEN UND KANDIDATENBLATT | 3 |
| ERFASSUNG MÖGLICHER NR-KANDIDATEN..... | 3 |
| WÄHLERPOTENTIAL IN DEN EINZELNEN WAHLKREISEN..... | 3 |
| HEARING UND AUSWAHL DER 12 NR-KANDIDIERENDEN | 3 |
| FESTLEGUNG DER WAHLLISTE | 3 |
| LISTENVERBINDUNGEN / CD..... | 4 |
| MEDIENMITTEILUNGEN DER GLP DES KANTON ST.GALLEN | 4 |
| AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE: GRÜNLIBERALE FORDERN KOSTENBETEILIGUNG DER HERKUNFTSLÄNDER | 4 |
| UMWELTBILDUNG: BESTEHENDE MASSNAHMEN GENÜGEN NICHT..... | 4 |
| GRÜNLIBERALE FÜR LIBERALISIERTE LADENÖFFNUNGSZEITEN..... | 4 |
| KOPFTUCHVERBOT – EINTAGESFLIEGE STATT KONSTRUKTIVE POLITIK | 4 |
| WIESO BEZAHLT DER STEUERZAHLER DIE ZECHEN? | 4 |
| JUNGE GRÜNLIBERALE PARTEI DER STADT ST. GALLEN | 5 |
| FACHGRUPPEN..... | 5 |
| VERKEHR | 5 |
| <i>Das 10-Minuten Konzept.....</i> | <i>5</i> |
| ENERGIE..... | 6 |
| <i>Strom aus der Region – für die Region – würde 100'000 t CO2 pro Jahr sparen</i> | <i>6</i> |
| TERMINE..... | 7 |

Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 26.9.2010

Die Grünliberale Partei des Kanton St.Gallen sagt 3 x ja zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. Sept. 2010

(Medienmitteilung vom 12. September 2010, Autoren: Berat Menlikli, Martin Wicki, Werner Anderegg)

Ja zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten

Die Grünliberale Partei des Kanton St. Gallen (glp) spricht sich klar für längere Ladenöffnungszeiten aus. Durch diese Flexibilisierung haben Geschäfte die Möglichkeit, gezielter auf Kundenbedürfnisse einzugehen. Es findet eine Anpassung der Öffnungszeiten an die umliegenden Kantone statt, was verhindert, dass Geld in benachbarte Kantone und ins Ausland abfließt. Durch diesen Mehrumsatz werden zusätzlich Arbeitsstellen im Kanton St. Gallen geschaffen.

Ja zur S-Bahn St.Gallen 2013

Die glp befürwortet die S-Bahn St.Gallen 2013. Durch diese erhalten alle Regionen des Kantons mit einem relativ geringen, finanziellen Aufwand, einen beträchtlichen Mehrwert. Die S-Bahn St.Gallen 2013 ist sehr gut nach oben ausbaubar. Sie ist somit ein wichtiger Schritt in eine sinnvolle Zukunft des Öffentlichen Verkehrs im Kanton St.Gallen.

Ja zur Revision des Arbeitslosengesetzes

Die glp erachtet die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als ausgewogen, da die Sanierung der hochverschuldeten ALV zu etwa gleichen Teilen durch Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen erfolgt. Angesichts der bevorstehenden Erhöhung der MwSt um 0,4 % und des Anstiegs der Krankenkassenprämien gilt es zu vermeiden, dass der Bundesrat die ALV-Beiträge um 0,5 % erhöhen muss und damit die Werkstätigen übermässig belastet.

Präsidium / Vorstand

In jüngster Zeit hat sich das Präsidium bereits mit den Vorbereitungen der Nationalratswahlen 2011 befasst. Nebst den notwendigen Konzepten und Spielregeln fanden auch erste Kontakte zu anderen Parteien in unserem Kanton statt.

Den Aufruf an potentielle NR-Kandidierende finden Sie etwas weiter unten in diesem Newsletter.

Weiter wurde eine Wahlkommission gebildet und deren Leiter bestimmt.

Folgende Mitglieder werden in der Wahlkommission mitarbeiten (Liste noch unvollständig)

- | | |
|--|------------------|
| - Martin Wicki; Leitung der Wahlkommission | - Hans Kluger |
| - Patricia Künzle | - Berat Menlikli |
| - Werner Anderegg | - Jörg Tanner |

Demnächst wird die im Frühjahr zugesagte Mitgliederversammlung organisiert. An dieser soll u.a. die Parole der Kantonalpartei für die Abstimmungen von Ende November gefasst werden.

Diese Mitgliederversammlung findet am 2. November 2010 statt.

NR-Wahlen 2011

Aufruf an alle Mitglieder, die sich als potentielle NR-Kandidierende zur Verfügung stellen möchten und bereit sind, als Team für die Grünliberalen im Kanton St. Gallen um einen NR-Sitz zu kämpfen.

Auswahlprozess für NR-Kandidatinnen und Kandidaten unter dem Motto:

Fair und transparent - als Team zum Erfolg

Um eine faire und transparente Auswahl der geeignetsten Persönlichkeiten sicherzustellen, die als Team Erfolg versprechen, hat der Vorstand folgendes Vorgehen festgelegt:

Wahlkommission

Die Wahlkommission setzt sich zusammen aus dem Präsidium und weiteren engagierten Mitgliedern. Bei der Zusammensetzung werden die verschiedenen Wahlkreise so weit als möglich berücksichtigt. Eine Teilnahme in der Wahlkommission schliesst eine Kandidatur als NR nicht aus.

Vereinbarung/Spielregeln (Fair-Play Regeln) für die NR-Wahlen 2011

Das vom Vorstand genehmigte Papier „Vereinbarung/Spielregeln“ regelt das Verhältnis zwischen den Kandidierenden und der Wahlkommission sowie Grundsätze des Wahlkampfes und deren Finanzierung.

Auswahlkriterien und Kandidatenblatt

Die vom Vorstand verabschiedeten Auswahlkriterien bilden die Grundlage für das Kandidatenblatt. Dieses dient dazu, in halbstrukturierter Form die wichtigsten Informationen über die Kandidierenden zu erhalten. Es sind dies Angaben über Person, bisherige Verdienste um die Partei, Befähigung und Einsatzbereitschaft für den Wahlkampf sowie Wählerpotential.

Diese Kandidatenblätter werden zur Suche von potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten an die Wahlkreise und Ortsparteien abgegeben.

Erfassung möglicher NR-Kandidaten

Die Wahlkreis-Vorstände werden gebeten, direkt oder – wo vorhanden - über Ortsparteien aufgrund der Auswahlkriterien und des Kandidatenblattes mögliche Interessenten zu erfassen. Anschliessend melden die Präsidenten der Wahlkreise diese Persönlichkeiten mit den erforderlichen Unterlagen an die Wahlkommission.

Für jene Wahlkreise, wo noch keine Wahlkreispartei existiert, übernimmt der Wahlkreisverantwortliche des Präsidiums die Koordinationsfunktion für allfällige Kandidatinnen oder Kandidaten.

Damit jedem Mitglied eine faire Chance geboten wird, erfolgt die Information über den Auswahlprozess auch im Newsletter, was jedem Mitglied die Möglichkeit gibt, sich im Wahlkreis oder bei der Kantonalpartei zu bewerben.

Wählerpotential in den einzelnen Wahlkreisen

Die Wahlkommission erarbeitet aufgrund vergangener Erfahrungen/Statistiken und neuester Entwicklungen das Wählerpotential in den einzelnen Wahlkreisen. Dazu eignet sich eine SWOT-Analyse.

Hearing und Auswahl der 12 NR-Kandidierenden

Nachdem das Wählerpotential und die Interessenten bekannt sind, führt ein Ausschuss der Wahlkommission mit den potentiellen Kandidierenden ein vertieftes Gespräch. Bei diesem Hearing geht es um die gegenseitigen Wahlkampf-Erwartungen, d.h.

- Motivation, Bekanntheit, Vernetzung der Person
- Fachkenntnisse sowie politisches- und mediales Wissen/Auftreten
- Engagement betreffend Standaktionen, Plakate, Leserbriefe und Finanzen.

Zudem werden die Vereinbarung diskutiert und offene Fragen besprochen.

Festlegung der Wahlliste

Aufgrund der Unterlagen und des Ergebnisses der Hearings bestimmt die Wahlkommission die 12 Kandidierenden und die Reihenfolge auf der NR-Wahlliste. Mitglieder der Wahlkommission können ebenfalls kandidieren, müssen jedoch bei eigener Betroffenheit in den Ausstand treten. Die von der Wahlkommission erarbeitete NR-Wahlliste muss vom Vorstand genehmigt und der Mitgliederversammlung zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Listenverbindungen / CD

Es ist Sache des Präsidiums zusammen mit dem Vorstand über mögliche Listenverbindungen zu entscheiden, wobei vor konkreten Zusagen auch noch die glp Schweiz konsultiert werden muss. Ebenso sorgt das Präsidium für die Einhaltung des Corporate Design.

Ziel dieses klar kommunizierten Ablaufprozesses ist die Sicherstellung von Fairness und vollständiger Transparenz in diesem Auswahlprozess. Dieser ist Teil des gesamten Projektmanagements für die NR-Wahlen, das dafür sorgen soll, dass alle Mitglieder im Wahlkampf am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen und Friktionen unter den Kandidaten vermieden werden können.

Medienmitteilungen der glp des Kanton St.Gallen

Seit dem letzten Newsletter haben wir mehrere Medienmitteilungen veröffentlichen können: Untenstehend die entsprechende Übersicht mit zusammenfassenden Texten: Die vollständigen Mitteilungen können auf unserer Homepage eingesehen werden.

Ausländische Studierende: Grünliberale fordern Kostenbeteiligung der Herkunftsländer

(Medienmitteilung vom 16. Juni 2010, Autoren: Daniel Häusermann / Fachgruppe Bildung)

Der Kantonsrat hat am 8. Juni 2010 ein Postulat überwiesen, welches höhere Studiengebühren für ausländische Studierende an der Universität St. Gallen fordert. Derzeit überprüfen sowohl die Universität St. Gallen als auch die Schweizerische Universitätskonferenz eine solche Erhöhung. Die Grünliberalen halten dies für falsch und fordern stattdessen eine Kostenbeteiligung der Herkunftsländer.

Umweltbildung: Bestehende Massnahmen genügen nicht

(Medienmitteilung vom 21. Juni 2010, Autorin: Michelle Stäheli / Fachgruppe Bildung)

Die St. Galler Grünliberalen sind mit der Stossrichtung des Berichts der Regierung zur Umweltbildung und -erziehung vom 2. März 2010 grundsätzlich einverstanden. Nachhaltigkeit und Umwelterziehung sind für die Sicherung der Lebensgrundlagen der späteren Generationen unerlässlich. Im Detail sehen die Grünliberalen allerdings weiteren Handlungsbedarf.

Grünliberale für liberalisierte Ladenöffnungszeiten

(Medienmitteilung vom 27. Juni 2010, Autor: Res Schneider / Fachgruppe Wirtschaft & Finanzen)

Die Grünliberalen unterstützen die vom Kantonsrat verabschiedete moderate Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Die Hauptvorteile der neuen Regelung sind die Anpassung an die umliegenden Kantone und die Reduktion der Bevorteilung der Geschäfte in Bahnhöfen und Tankstellen gegenüber den übrigen Läden. Deshalb tritt die Grünliberale Partei des Kanton St. Gallen (glp) dem befürwortenden Komitee für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bei.

Kopftuchverbot – Eintagesfliege statt konstruktive Politik

(Medienmitteilung vom 8. August 2010, Autor: Res Schneider)

Die Grünliberale Partei des Kanton St. Gallen ist erstaunt über die Schwerpunkte im Erziehungsdepartement des Kanton St. Gallen respektive von Regierungsrat Kölliker.

Wieso bezahlt der Steuerzahler die Zeche?

(Medienmitteilung vom 29. August 2010, Autor: Res Schneider / Fachgruppe Wirtschaft & Finanzen)

Nun steht also das Rettungspaket: die Steuerzahler sollen mit rund 6 Mio (je 4 Mio vom Kanton und 2 Mio von der Stadt) zur Kasse gebeten werden. Wieso die Zukunft dadurch besser werden soll, ist nach wie vor unklar.

Junge grünliberale Partei der Stadt St. Gallen

Junge Grünliberale U30 Networking-Event in St. Gallen

Das Networking-Treffen der Grünliberalen unter 30 Jahren fand am Samstag, 11.09. im Festsaal des Restaurants Dufour in St. Gallen statt.

Dieser Networking-Event fand schweizweit zum zweiten Mal statt, er dient dazu die interkantonalen Beziehungen auszubauen. Dieses Mal wurde der Event vom Vorstand der Jungen Grünliberalen St. Gallen, einer Sektion der Grünliberalen Partei St. Gallen, organisiert. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir 22 junge Leute aus der ganzen Schweiz begrüßen durften.

Im Rahmen dieser Treffen wird jeweils ein Workshop durchgeführt, um die politische Richtung der jungen Grünliberalen zu aktuellen Themen zu verfestigen. Das Thema des Workshops in St. Gallen war die Situation der Wehrpflicht in der Schweiz.

In Fünfer-Gruppen wurde während 4x20 Minuten über die Position der Teilnehmer zur Wehrpflicht diskutiert. Nach jeweils 20 Minuten wurden die Gruppen neu durchmischt und die Diskussion weiter fortgeführt.

Es ergab sich eine interessante und leidenschaftlich geführte Diskussion, an dessen Ende sich zwei grundlegende Standpunkte ergaben. Da man sich an diesem Abend nicht auf eine Richtung einigen konnte, wurde beschlossen, zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe zu bilden.

Weiter wurden ein/e Koordinators / Koordinatorin (sowie dessen Stellvertreter/-in) für zukünftige Networking-Events gewählt. Der nächste Networking-Event dieser Art wird voraussichtlich in Lausanne durchgeführt.

Fachgruppen

Verkehr

Das 10-Minuten Konzept

Hintergrund

Die am 7. März 2010 deutlich angenommene Städteinitiative zeigt, dass in der Bevölkerung ein starkes Bedürfnis und eine breite Befürwortung für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bestehen. Im Zuge der Initiative propagiert die Fachgruppe Verkehr eine alte Idee neu zu beleben. Beim 10-Minuten Konzept geht es konkret um die Erstellung neuer Bahnhöfe an strategisch bedeutenden Orten. Das Konzept sieht vor, dass ein Bahnhof in maximal 10 Minuten von jedem beliebigen Punkt im Ballungsraum St.Gallen erreicht werden kann.

Eine Studie für den Ausbau des normalspurigen Schienenverkehrs wurde bereits im Jahre 1983 für die Agglomeration St.Gallen ausgearbeitet. Diese schlug einen Haltestellenabstand von einem bis zwei Kilometern auf den Hauptverkehrsachsen zwischen Gossau und St.Gallen Ost, sowie Herisau und Wittenbach vor.

Ziel der angestrebten Neukonzeptionierung soll die teilweise Verlagerung des Individualverkehrs von der Strasse auf die Schiene sein, so dass die stark belastete Ost-West-Achse mit dem Rosenbergstunnel (Stadtautobahn) und dem Oberen Graben (Hauptstrasse) relativ kostengünstig und nachhaltig entlastet werden.

Parole

Die Fachgruppe Verkehr strebt die Überarbeitung des bestehenden 10-Minuten Konzepts an. Die folgenden potentiellen Bahnhofstandorte könnten den öffentlichen Verkehr attraktiver machen:

- Bruggwis (Industriegebiet Gossau auf Höhe Coop-Betriebszentrale / Spar-Betriebszentrale)
- Untere Kräzere (Winkeln-Ost)
- Hinterberg (unmittelbar nach Sitterviadukt zwischen Haggen und Gübsensee)
- Lachen (Höhe Turnerstrasse; Halt für S-Bahnen von und nach Gossau sowie Herisau)
- Rotmonten (im Verbindungstunnel zwischen HB und St. Fiden mit Lift an Dufourstrasse / Universität und Fussgängertunnel in Richtung Altstadt)
- Heiligkreuz / Kronbühl (unmittelbar vor Tunneleingang nach Wittenbach mit Anschluss an die Langgasse)
- Bruggwald (im Verbindungstunnel zwischen Heiligkreuz / Kronbühl und Wittenbach mit Lift auf Höhe Abacus)
- Stephanshorn (mit Anschluss auf die Kesselhaldenstrasse)

An den erwähnten Standorten könnten Bahnhöfe errichtet werden, die lediglich über zwei Perrons, zwei Anlagen zum Anhalten der S-Bahnen, zwei Ticketautomaten, sowie einer Passerelle verfügen (vergleiche Winterthur-Hegi). Die S-Bahnen würden also nur auf Verlangen halten. Die Fachgruppe Verkehr ist überzeugt, dass dieser langfristig gut investierte Ausbau des Angebots ganz im Sinne der Städteinitiative ist und zur Entlastung von stark frequentierten Strassen führen wird.

Energie

Strom aus der Region – für die Region – würde 100'000 t CO₂ pro Jahr sparen

(Heinrich Studer, Energieingenieur FH/NDS, Im Stutz 1, CH-9478 Azmoos)

An den sommerlich-sonnigen Mittagsstunden fließen 8 Gigawatt Solarstrom ins deutsche Stromnetz – selbst im Verhältnis zu den 14 Gigawatt deutscher Atomstrom keine zu vernachlässigende Dimension.

Doch der Rückzug aus dem Kernkraft-Zeitalter hat nicht nur eine Sonnenseite. Das störungsanfällige AKW Brunsbüttel muss 2012 vom Netz gehen – nun soll dort ein Kohlekraftwerk entstehen. Was uns Schweizer das angeht? Die Elektrizitätswerke von St.Gallen, Arbon, Romanshorn, Rorschach, Rapperswil-Jona, Wald sowie EW Schwanden sind indirekt gemeinsam „mit rund 1%“ an dem Projekt beteiligt. Ist das signifikant?

Immerhin steht der saubere Ruf der Schweizer Stromversorgung auf dem Spiel – andere Elektrizitätswerke haben sich bereits zurückgezogen. Es geht um einen 20 Megawatt-Kraftwerksanteil, der rund 140 GWh Strom pro Jahr liefern soll. Allerdings ist Brunsbüttel auch Einspeisepunkt für Off-Shore Windparks, und da ökologischer Strom vortritt hat, ist es fraglich, wieviel Platz für schmutzigen Kohlestrom im Übertragungsnetz bleibt. Vielleicht werden die Lichtensteiner den St.Gallern den Weg abschneiden, immerhin werden die Lichtensteinischen Kraftwerke (LKW) Eigentümer einer 5 MW Off-Shore Windkraftanlage.

Gibt es Alternativen zu der Kohlekraftbeteiligung? Können wir 140 GWh regenerativ in der Region erzeugen? 140 GWh ist mehr als manches Wasserkraftwerk erzeugt, kaum weniger als der Niederenbach Stausee im Glarnerland liefert. Die Schweiz ist mit dem erneuerbaren Energiepotential der Wasserkraft gesegnet, doch ein weiterer Ausbau stösst an Grenzen. Könnten 140 GWh Sonnenenergie auf Hallendächern der beteiligten Städte erzeugt werden? In Deutschland sind Megawatt-Anlagen auf Gewerbedächern nicht unüblich, und Freiflächen Solarparks können Dimensionen bis 20 MWp annehmen. In der gesamten Schweiz wurde 2009 24 MWp installiert, immerhin doppelt so viel wie im Vorjahr, doch pro Kopf noch immer 15mal weniger als in Deutschland. Unter Berücksichtigung der Volllaststunden wäre für 140 GWh eine installierte PV-Kapazität von mindestens 140 MWp nötig, was einer Fläche von rund 1.3 x 1.3 km entspricht.

Es wäre vorbildlich, wenn auf den Dächern der Stadt St.Gallen 5-10 MWp installiert würden; für alle beteiligten Städte könnten bis zu 30 MWp bzw. 30 GWh mittelfristig realistisch sein. Solarparks auf Landwirtschaftsland seien hier nicht in Erwägung gezogen, doch vielleicht werden Photovoltaik-Flosse auf dem Bodensee eine nahnhaftige Energiequelle? Jeweils 30 MWp könnten auf einem Floss mit 800 m Durchmesser Platz finden, für die Grösse des Bodensees keine allzu utopische Dimension. Mit je einer „Off-Shore-PV-Anlage“ vor Arbon, Romanshorn, Rorschach und Rapperswil und einigen Hallendächern liesse sich die gewünschte Strommenge produzieren. Bedenken bezüglich Wellengang könnten in ein zusätzliches Wellenkraft-Potential umgemünzt werden. Der mit Oerlikon Solar Maschinen produzierende Photovoltaik-Hersteller im Tessin hat eine Produktionskapazität von 30 MWp pro Jahr. In 4-5 Jahren könnte eine reine Swiss Made Solarkraftwerkskapazität aufgebaut sein – das Kohlekraftwerk Brunsbüttel steht kaum früher.

Die Kosten für Photovoltaik-Module haben sich in den letzten Jahren mehr als halbiert. Wenn wir „in deutschen Dimensionen“ Anlagen bauen, gibt es kaum einen Grund, weshalb sich die Systemkosten nicht von schweizerischen 6-10 CHF/Watt an deutsche 2.5 – 3 EUR/Watt angleichen sollten. Grid Parity – die Erzeugung von Solarstrom zum Haushaltsstrompreis – ist noch nicht ganz greifbar, doch mit erzielbaren Kosten um 40 Rappen/kWh wäre Sonnenstrom doch „mehrheitsfähiger“ als beim heutigen „Marktpreis“ um 1 CHF/kWh, der höchstens noch für Altanlagen angebracht ist.

Die diskutierte Kohlekraftbeteiligung wird – je nach Abwärmenutzungskonzept – 90'000 bis 140'000 Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr verursachen. Das ist etwa äquivalent zur Umweltbelastung, die entsteht, wenn jeder Einwohner der Stadt St.Gallen jährlich nach Kairo retour fliegt. Oder jede Stunde könnte jemand zu einer Autofahrt um die Erde antreten. Die solare Machbarkeitsevaluierung mag etwas gewagt sein; eine Umweltbelastung in diesem Ausmass hin zu nehmen, ist hingegen riskanter.

Als Zwischenlösung sei doch noch die dezentrale Wärme-Kraft-Koppelung mit Erdgas erwähnt. Wenn Erdgasheizungen – in Mehrfamilienhäusern und Wärmeverbänden – parallel zur Wärme auch Strom liefern, kann die CO₂-Emission pro kWh Elektrizität gegenüber Kohlestrom immerhin auf etwa ein Viertel reduziert werden. Diese Lösung benötigt keine neuen Kraftwerkstandorte, sondern entlastet das Stromnetz durch dezentral übers Stadtgebiet verteilte Generatoren bzw. Verbrennungsmotoren, deren Abwärme die Gebäude beheizt.

Bestimmt ist der Wärmebedarf in den beteiligten Städten gross genug und die Siedlungsdichte für Wärmeverbände geeignet, sodass mit Wärme-Kraft-Koppelung in Kombination mit Photovoltaik-Anlagen im Winter und Sommer die „drohende Stromlücke“ mit Strom aus der Region gefüllt werden kann. Wobei die Lücke auch eine Frage des Preises ist – Energieeffizienz zahlt sich bei erhöhten Stromkosten aus. Angebot und Nachfrage soll sich preislich finden, wobei das Angebot nicht durch billigen Kohlestrom-Import verwässert werden soll. In Anbetracht der mit dem billigen Kohlestrom-Import verbundenen Umweltbelastung und dem Geldabfluss ins Ausland – etwa 7 Mio CHF/Jahr? – sollten wir uns einen erhöhten Strompreis leisten, und uns dabei auf die Konkurrenzfähigkeit nachhaltiger Energieerzeugung freuen.

Termine

| | | | |
|---------------|--|---------------|---|
| 20 ... 22.9. | Kantonsrat; Session | 6.11. | Delegiertenversammlung glp-CH |
| 26.9. | Abstimmungstermin Eidg.: Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG; über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung Kant.: II. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung Kant.: Kantonsratsbeschluss über die S-Bahn St.Gallen 2013 | 28.11. | Abstimmungstermin «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» und als direkter Gegenentwurf den Bundesbeschluss vom 10. Juni 2010 über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung Eidg.: Steuergerechtigkeits-Initiative; für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb |
| 7. ... 17.10. | OLMA, St.Gallen | 2011 | |
| 20.10. | Wahlkommission glp des Kantons St.Gallen | 22.1. | Delegiertenversammlung glp-CH |
| 21.10. | Vorstandsitzung glp des Kantons St.Gallen | 13.2. | Abstimmungstermin |
| 2.11. | Mitgliederversammlung glp des Kantons St.Gallen; Parolenfassung zu den kommenden Abstimmungen | 14. ... 16.2. | Kantonsrat; Session |

Ersteller Newsletter Präsidium Grünliberale Partei (glp) Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen

Martin Wicki Co-Präsident
 Telefon +41 78 748 79 82
 email martin.wicki@glp-sg.ch, www.glp-sg.ch
 Datum 15. September 2010